

## FrühstücksEkke

### Die Zukunft der Bibliotheken

In Treptow-Köpenick wird derzeit intensiv über die Zukunft der Bibliotheken diskutiert. In einigen Bibliotheken sinken die Ausleihzahlen stetig. In anderen steigen sie. Insgesamt nutzen aber zu wenige Bürgerinnen und Bürger das Angebot, was für den Bezirk mit großen Herausforderungen verbunden ist.

Die Bibliothekslandschaft hat sich in den letzten Jahren verändert. So gibt es in einigen Ortteilen keine eigenständige Bibliothek mehr während am Bahnhof Schöneeweide gerade eine neue Mittelpunktbibliothek entsteht. Rund 60000 Bürgerinnen und Bürger werden im Einzugsgebiet von dem größeren Angebot und längeren Öffnungszeiten profitieren.

Die neue Bibliothek soll, so die Hoffnung, ein großer Erfolg werden. Zugleich werden die Bibliotheken in Johannisthal und Baumschulenweg geschlossen. Wie die Bibliothekslandschaft in Zukunft ausgerichtet werden soll und welche politischen Ziele die SPD damit verfolgt, diskutiert mit Ihnen Dr. Ursula Walker, Bezirksverordnete und Sprecherin für Weiterbildung und Kultur, beim gemeinsamen Frühstück.

**Samstag, 18. Oktober 2014,**

**11:00 Uhr,**

**Schmidts Ekke, Ekkehardstr. 1**

### Inhalt

Eine Frage des Gewissens - Sterbehilfe	Seite 2
Mietpreisbremse beschlossen	Seite 3
Sprechstunde der Rechtsanwälte	Seite 3
Asylbewerberunterkünfte im Bezirk - Ein Interview	Seite 4

## Schmidt im Gespräch mit Brandt

### Peter Brandt zu Gast beim Frühschoppen am 12. Oktober

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn, im Herbst 1989 wandelte sich unsere Welt in einer Form, wie kaum jemand es zu hoffen wagte. Das geteilte Berlin, die gespaltene Nation wurde von einer friedlichen Revolution überrollt. Hunderttausende Menschen gingen auf die Straßen der DDR und demonstrierten für Reisefreiheit, freie und geheime Wahlen, für die Auflösung der Stasi und ein Ende des SED-Regimes. Viele von Ihnen waren dabei und bewirkten, dass diese Revolution erfolgreich und friedlich war.

In der Zeit der Teilung war es besonders wichtig die Kontakte zwischen Familien und Freunden nicht abreißen zu lassen. Am 17. Dezember 1963 wurde das erste Passierscheinabkommen zwischen dem Berliner Senat und der Regierung der DDR unterzeichnet. Dieses erste Abkommen ermöglichte rund 700.000 Menschen den Besuch in Ost-Berlin.

Für den damaligen Regierenden Bürgermeister Willy Brandt war dies der Auftakt der Entspannungspolitik, welche in der Ostpolitik der späteren Bundesregierung mündete.

Fast 26 Jahre später, am Nachmittag des 10. November, stand Willy Brandt mit einer roten Nelke in der Hand am Brandenburger Tor. Um ihn herum ein Meer aus freudetrunkenen Menschen, die das Glück der Stunde noch kaum fassen konnten.

Wenige Tage zuvor, am 7. Oktober 1989, trafen sich mutige Männer und Frauen in Schwante um die Sozialdemokratische Partei in der DDR zu gründen. Sie konnten nicht ahnen, wie schnell sie selbst Verantwortung an den Runden

Tischen und in der neuen Regierung der DDR übernehmen mussten.

**Unter dem Titel „Willy Brandt und die SDP/SPD als Wegbereiter der Friedlichen Revolution“ lade ich Sie herzlich ein zum Politischen Frühschoppen am 12. Oktober, 10 bis 12 Uhr, im Ratskeller Köpenick (Alt-Köpenick 21).**

An diesem Vormittag ist Peter Brandt, Historiker und Professor für neuere und neuste Geschichte an der Fernuniversität Hagen, Mitglied der historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand und ältester Sohn von Willy Brandt mein Gast.



Prof. Dr. Peter Brandt; ältester Sohn von Willy Brandt  
Foto: Veit Mette

Mit den Augen des Historikers und des Sohnes, werden wir uns auf die Spurensuche begeben. Welche Rolle spielte Willy Brandt für die Wiedervereinigung? Was lässt sich heute, 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, über die Auswirkungen der Ostpolitik sagen und welchen Einfluss hatte die SDP/SPD auf die Geschehnisse im Herbst '89?

Ihr  
Matthias Schmidt

## Eine Frage des Gewissens - Aktive Sterbehilfe

### Sie und drei Expertinnen und Experten waren gefragt

Sterbehilfe eine Frage des Gewissens. Eine juristische und eine medizinische Frage, aber vor allem eine ethische.

Beihilfe zum Selbstmord. Ärztlich assistierter Suizid. Ein Thema, das fraktionsübergreifend abgestimmt wird, ohne Fraktionszwang. Konkret heißt das, dass sich Gruppen von Abgeordneten zusammenfinden, die gemeinsamen Gesetzesvorschläge beraten und diese einbringen. Das wird voraussichtlich im ersten Quartal 2015 sein. Die Beratungen werden voraussichtlich im Herbst 2015 in 2. und 3. Lesung zum Abschluss kommen.

Die SPD-Fraktion hat sich bereits im Mai in einem fraktionsoffenen Abend dem Thema angenähert. In der Fraktionsklausur am 4. September 2014 in Hamburg referierten ein Jurist und ein Mediziner zum Thema. Zum Jahresende wird es noch eine weitere fraktions-

übergreifende Debatte zum Thema geben.

Darüber hinaus ist allen Abgeordneten freigestellt, sich auf unterschiedlichsten

Wegen zu informieren und zu positionieren. Ihr Bundestagsabgeordneter, Matthias Schmidt, macht davon bei vielen Gelegenheiten Gebrauch. Am 17. September fand in der Seniorenresidenz Domicil in Baumschulenweg eine erste Diskussionsveranstaltung zum Thema Sterbehilfe statt. Etwa fünfzig Gäste fanden sich ein und diskutierten engagiert mit.

Auf dem Podium saßen neben Matthias Schmidt: Pfarrer Reinhard Kähler (Kirche zum Vaterhaus), Susanne Rehberg (Ambulanter Hospizdienst der Volkssolidarität Berlin) und Palliativmediziner Dipl. -Med. Erhard Knotte (Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin). Der Leiter des Hauses, Sven Koppehel gab eine kurze Einführung in das Thema. Eine angeregte Diskussion schloss sich an.

*„Es sollte der politische Rahmen dafür gewahrt werden, dass eine angemessene Pflege von Sterbenden möglich ist – sowohl zuhause als auch in Pflegeheimen.“* Pfarrer Kähler

Alle waren sich einig: ambulant vor stationär. Erforderlich sei ein Ausbau der Palliativversorgung und die Ausbildung mehr spezialisierter Mediziner. Schmerzen müsse heute niemand mehr haben und dies könne die Angst vor dem Sterben nehmen. Pfarrer Reinhard Kähler betonte, es sei eine gesellschaftliche Pflicht Sterbende würdevoll zu begleiten. Sterben solle kein Tabu sein,

sondern als Prozess begriffen werden. Dabei gehe es nicht um Prinzipien, sondern jeder solle sich individuell mit diesem Thema auseinandersetzen.



Foto: Domicil

*„Wenn ich mein Leben nicht mehr als lebenswert empfinde und u.U. sogar als würdelos, dann möchte ich als mündiger Mensch bestimmen dürfen, dieses zu beenden.“*  
Zitat eines Gastes

Überraschend einhellig war die Haltung der Gäste. Niemand solle am Lebensende leiden müssen. Jeder Mensch solle individuell

über sein Leben wie auch sein Sterben entscheiden können. Die Mehrheit sprach sich für die Möglichkeit der Aktiven Sterbehilfe aus.

*„Ich wünsche mir, wenn das Dasein nur noch ein Dahinvegetieren ist, im Beisein meiner liebsten Angehörigen und Freunde mein Leben in Würde beenden zu dürfen.“* Zitat eines Gastes

Matthias Schmidt wird sich weiter informieren, viele Gespräche führen und gern Ihre Meinung zum Thema erfahren. Er wird sich viel Zeit nehmen um eine eigene Haltung zu entwickeln, die vor den Bürgerinnen und Bürgern seines Wahlkreises wie auch vor seinem eigenen Gewissen standhalten wird. Die Zeitungsekke wird regelmäßig berichten.

**Wie denken Sie über das Thema Sterbehilfe? Welche Erfahrungen haben Sie in Ihrem Umfeld gemacht? Ihre Meinung ist wichtig! Schreiben Sie einen Brief oder eine Mail an Herrn Schmidt. Bringen Sie sich mit Ihren Gedanken in die Diskussion ein.**

### Quiz

Auch in diesem Monat wollen wir an ein historisches Ereignis rund um das Jahr 1989 erinnern.

**Welcher berühmte Schauspieler sprach auf der Demonstration am 4. Oktober 1989 auf dem Alexanderplatz zu den Menschen?**

- a) Manfred Krug
- b) Jan Josef Liefers
- c) Harald Junke

**Ihre Antwort an:**  
**Matthias Schmidt, MdB**  
Ekkehardstraße 1  
12437 Berlin

oder  
[matthias.schmidt@bundestag.de](mailto:matthias.schmidt@bundestag.de)

Unter den richtigen Antworten verlosen wir 1x das Buch „Mit anderen Augen: Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt“ von Prof. Dr. Peter Brandt.

**Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2014.**

## Die Koalition einigt sich auf die Mietpreisbremse Maklergebühren werden abgeschafft

Die Koalitionsfraktionen im Bundestag haben sich bei der Mietpreisbremse geeinigt. Der Gesetzentwurf kann nun vom Kabinett beschlossen und im Bundestag beraten werden. Das Inkrafttreten ist wie geplant 2015 möglich. Damit können die Länder in angespannten Wohnungsmärkten Mietsteigerungen bei Wiedervermietung begrenzen.

Nicht nur für Großstädte wie Köln, Hamburg oder Berlin ist die Mietpreisbremse wichtig, sondern auch für die einzelnen Be-

zirke und Kieze wie beispielsweise Oberschöne-weide, Adlershof oder Alt-Treptow. Bisher gibt es bei neu abgeschlossenen Mietverträ-

gen keine Grenze nach oben, Mietsteigerungen von 30 oder 40 Prozent sind keine Seltenheit – ohne jede Verbesserung am Wohnwert. Mit der Mietpreisbremse setzen wir einen für uns zentralen Punkt des Koalitionsvertrages um. Auch für jede Staffel eines Staffelmietvertrages gilt die Mietpreisbremse, anders als von der Union gefordert. „Damit werden Staffelmieten als Umgebungsmöglichkeit der Mietpreisbremse ausgeschlossen“, freut sich Matthias Schmidt. Auch eine Kopplung der Mietpreisbremse an die Existenz eines qualifizierten Mietspiegels hat die SPD verhindert. Damit wären viele Gemeinden, in denen es keinen qualifizierten Mietspiegel gibt, von vorneherein ausgeschlossen gewesen.

Mit dem Gesetzentwurf wird auch das Bestellerprinzip im Maklerrecht umgesetzt. In Zukunft sollen Vermieter die Kosten für Maklerdienstleistungen nicht mehr auf die Mieter abwälzen dürfen. „Die Abschaffung der Maklergebühren für die Mieter war mir bereits

im Wahlkampf ein sehr wichtiges Anliegen. Wer eine Dienstleistung bestellt muss diese natürlich auch bezahlen,“ so Matthias Schmidt.

Die Mietpreisbremse begrenzt exzessive Mietsteigerungen bei neuen Mietverträgen. Vermieter dürfen in von den Ländern festgelegten Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete verlangen. Um dringend notwendige Neubauten nicht

zu behindern, ist die Vermietung neu gebauter und umfassend modernisierter Wohnungen ausgenommen.

Insgesamt gibt es rund 21 Millionen Mietwohnungen in Deutschland. Der Deutsche Mieterbundverein e.V. schätzt, dass 5 Millionen Wohnungen der Mietpreisbremse unterliegen werden. Bei einer Umzugsquote von ca. 10 Prozent werden so jährlich etwa 500.000 Mieter von der Mietpreisbremse profitieren können.



Foto: Matthias Schmidt

### Sprechstunde der Rechtsanwälte

Am Dienstag, den **7. Oktober**, in der Zeit von **16 bis 18 Uhr**, laden die Rechtsanwälte Nadja Wollank und Stefan Voigt ein zur ersten Bürgersprechstunde in **Schmidts Ekke**. **Um Anmeldung wird gebeten (Tel.: 030 53 60 99 50)**.

Wer es am 7. Oktober nicht nach Baumschulenweg schafft, kann jeden Mittwoch, zwischen 16:30 und 18 Uhr in die die SPD AnsprechBar in der Siemensstraße 15 in Oberschöne-weide kommen. Eine Anmeldung für diese Sprechstunde ist nicht notwendig.



## Matthias Schmidt, MdB

### Wahlkreisbüro

#### Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1  
12437 Berlin-Baumschulenweg  
Telefon: 030 53 60 99 50  
Fax: 030 53 60 99 49

#### Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

### Wahlkreisbüro

#### Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus  
Bölschestraße 87/88  
12587 Berlin-Friedrichshagen  
Telefon: 030 22 01 38 11  
Fax: 030 22 01 38 12

#### Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

### Bundestagsbüro

Unter den Linden 50  
10117 Berlin  
Telefon: 030 22 77 48 33  
Fax: 030 22 77 68 35

#### Postanschrift:

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de  
www.matthias-schmidt.berlin



## Ein Blick auf die Asylbewerberunterkünfte in Treptow-Köpenick

### Interview mit Bezirksbürgermeister Oliver Igel

Die Zahl der Flüchtlinge steigt dramatisch an. Im Bezirk gibt es derzeit eine Notunterkunft für die Erstaufnahme und drei Gemeinschaftsunterkünfte. Eine weitere wird im Verlauf des nächsten Jahres hinzukommen. Insgesamt leben rund 850 Flüchtlinge in Treptow-Köpenick. Geräuschlos, könnte man meinen. Keine lauten ausländerfeindlichen Proteste, keine Übergriffe. Wir befragen Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

**Herr Igel, Hellersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg machen Schlagzeilen im Zusammenhang mit der Unterbringung der Flüchtlinge. In Treptow-Köpenick läuft alles reibungslos. Ist das so?**

Ja. Wo Menschen zusammenkommen, kann es immer zu Problemen kommen. Und es gab selbstverständlich in Einzelfällen auch Beschwerden, z. B. über Lärm. Aber die konnten schnell mit der Hausleitung und dem jeweils eingerichteten Runden Tisch gelöst werden.

**Wie informieren Sie die Anwohnerinnen und Anwohner, dass eine Flüchtlingsunterkunft in ihrer Nachbarschaft entsteht?**

Es ist zwar gar nicht Aufgabe des Bezirks, weil das Land Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung stellen muss, aber wir sehen uns hier in einer gemeinsamen Verantwortung. Deshalb haben wir rechtzeitig vor Einrichtung einer Unterkunft schriftlich alle Anwohner informiert und in Bürgerversammlungen Stellung bezogen. Nur in Grünau ging das nicht, weil dort von heute auf morgen entschieden wurde, das Objekt zu belegen. Ziel der Informationsoffensive ist es dabei, aufzuklären und Ängste und Vorurteile abzubauen. Wir haben verschiedenste Informationsangebote: neben den erwähnten Briefen an

die Anwohner und Bürgerversammlungen sind die Bezirksverordneten der Ortsteile Ansprechpartner. Wir haben Runde Tische gebildet, in denen die drängendsten Fragen besprochen werden. Die Runden Tische bleiben auch



Bürgermeister Oliver Igel mit Senatorin Dilek Kolat  
Foto: Bezirksamt Treptow-Köpenick

nach Einrichtung der Unterkunft erhalten. Informationen gibt es auch beim Zentrum für Demokratie.

**Welche Erfahrungen machen Sie in diesen Bürgerversammlungen?**

Es gibt kritische Stimmen, aber auch unglaublich viel Solidarität. In allen Bürgerversammlungen haben sich Bürgerinnen und Bürger angeboten, die Unterkunft zu unterstützen, indem sie den Menschen individuell helfen wollten oder Veranstaltungen organisiert haben. Es gab riesige Spenden für die Flüchtlinge. Ich finde das beeindruckend, zeigt es doch, dass es auch in unserer Gesellschaft noch Menschen gibt, die solidarisch sind und nicht immer nur an sich selbst denken. Die Bürger haben in den Versammlungen die Möglichkeit, ganz praktische Fragen zu stellen, z.B. nach der Versorgung der Menschen, der Beschulung der Kinder, dem Alltag der Menschen.

**Kann das Bezirksamt das denn leisten, angesichts der angespannten Personalsituation?**

Eigentlich nicht, es hängt viel Arbeit an unserem Integrationsbeauftragten, aber auch für uns Bezirksamtsmitglieder ist dies mit einem hohen Aufwand verbunden. Es muss aber eine Selbstverständlichkeit sein, die Flüchtlinge willkommen zu heißen und den Grundstein für ein friedliches Miteinander in den jeweiligen Ortsteilen zu legen. Ohne Ehrenamt kommen wir aber nicht aus. Ich habe schon die Runden Tische erwähnt, die sehr erfolgreich die weitere Arbeit übernehmen. Sie sind Kontaktpersonen in der Nachbarschaft, koordinieren Hilfsangebote und stellen die Schnittstelle zwischen Anwohnern, Heimbetreibern und Ämtern her. Mit dem Netzwerk Refugees Welcome, der Anlaufstelle für Migrantinnen und Migrantinnen Interaxion sowie den Integrationslotsinnen und Integrationslotsen haben die Runden Tische gute Partner.

**Was empfehlen Sie Menschen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren wollen?**

Dafür gibt es viele Möglichkeiten. Das Bezirksamt nimmt Ihre Hilfsangebote gern entgegen, aber der kürzere und direktere Weg ist der über die Runden Tische. Eine ganz einfache und sehr direkte Möglichkeit zu helfen ist die Kommunikation mit weiteren Anwohnerinnen und Anwohnern. Sachlichkeit, Verständnis und ein bisschen Mitgefühl hilft oft schon. Sich den Rechtspopulisten, die sich inzwischen aus der Schmutzdecke hervorwagen, argumentativ entgegen zu stellen, ist eine große Hilfe.

Sie wollen **die Zeitungs Ekke** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an [matthias.schmidt@bundestag.de](mailto:matthias.schmidt@bundestag.de) und Sie erhalten sie stets zuerst.